

TOP 3.7.4 Auftakt europäisches Semester: Jahreswachstumsbericht etc

1. Beschreibung der Problematik

Jährlich startet der wirtschaftspolitische Prozess – das sogen Europäische Semester – auf europäischer Ebene mit dem Jahreswachstumsbericht der Europäischen Kommission sowie diverser Nebendokumenten (Warnmechanismusbericht, wirtschaftspolitische Empfehlungen für die Eurozone insgesamt, Auswertung der Budgetpläne der Mitgliedstaaten für das kommende Jahr, Beschäftigungsbericht). Darin enthalten sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte für das kommende Jahr. Wie bereits im Vorjahr sind das:

- Wiederherstellung der Investitionstätigkeit, insbesondere durch den Juncker-Plan und der Beseitigung angeblicher Investitionsbarrieren. Die Notwendigkeit, die fiskalpolitischen Vorgaben investitionsfreundlicher zu gestalten, wird allerdings weiterhin ignoriert. Der Ausbau der Kapitalmarktunion soll vorangetrieben und dabei die Verbriefung von Krediten wiederbelebt werden. Die AK sieht darin eine neue Gefahr für die Finanzstabilität in Europa.
- Fortsetzung der Strukturreformen, dh va Deregulierung von Wirtschaft und Beschäftigung mit dem Ziel der Kostensenkung und mehr Wirtschaftsaktivität durch Konkurrenzdruck. Die AK kritisiert erneut die Stoßrichtung, sogen Strukturreformen verbindlicher durchsetzbar zu machen. Im Arbeitsmarktbereich muss der Flexicurity-Ansatz überarbeitet und insb der Security-Teil entsprechend eingelöst werden.
- Verantwortungsvolle Haushaltspolitik mit Druck auf die Ausgaben- und ferner die Abgabenquote und dem bleibenden Widerspruch von Beschäftigungsförderung und Konsolidierung. Nach wie vor kommt die für Europa bzw die Eurozone insgesamt adäquate Fiskalpolitik zu kurz. Die AK fordert die Einführung der goldenen Investitionsregel, den Ausbau vermögensabhängiger Abgaben, Maßnahmen gegen aggressive Steuerplanung und Steuerbetrug, die rasche Einführung der FTS und eine Stärkung der öffentlichen Pensionssysteme.

2. Auswirkungen

Wird die europäische Strategie der Budgetkonsolidierung in Kombination mit Lohndruck und der Hoffnung auf private Investitionszuwächse fortgesetzt, wird die Arbeitslosigkeit in der Eurozone auf absehbare Zeit nicht mal auf das bereits vor der Krise hohe Niveau zurückgehen. Anhaltend hohe Verteilungsdisparitäten, Leistungsbilanzüberschüsse und Deflationstendenzen erhöhen dann das Risiko für Ungleichgewichte und damit einer neuerlichen Verschärfung der Krise. Gefragt ist deshalb einmal mehr ein Kurswechsel in der EU, der der restriktiven Budget- und Lohnpolitik endgültig ein Ende setzt.

3. Stand der Verhandlungen

Die Staats- und Regierungschefs werden – nach Vorbereitung in den Fachräten – das Paket der EU-Kommission voraussichtlich unverändert bestätigen. Im nächsten Schritt werden im Februar länderspezifische Analysen mit zumindest indirekten Handlungsempfehlungen vorgelegt. Darauf Bezug nehmend haben die Mitgliedstaaten ihre nationalen Reformprogramme sowie Stabilitäts- und Konvergenzprogramme im April der Kommission zu übermitteln. Nach deren Überprüfung kann die Kommission allfällige Defizit- oder Ungleichgewichtsverfahren einleiten; jedenfalls folgen im Mai länderspezifische Empfehlungen, die schließlich umzusetzen wären.

4. Position/Forderung der AK

Trotz einiger positiver Ansätze wird im Jahreswachstumsbericht in Summe an einem „Business as usual“ festgehalten. Gefragt ist einmal mehr ein Kurswechsel in der EU hin zu einer koordinierten wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik, der der restriktiven Budget- und Lohnpolitik endgültig ein Ende setzt. Die AK bringt ihre Position fortlaufend im Rahmen ihrer interessenpolitischen Aktivitäten (zB innerministerielle Koordinierung, Veranstaltungen etc) ein.

5. Unabhängiger Jahreswachstumsbericht unter Mitwirkung der AK

Als alternative Darstellung zum Jahreswachstumsbericht wurde Ende November 2015 erneut der von führenden Wirtschaftsforschungsinstituten in Europa unter Mitarbeit der AK erstellte „Independent Annual Growth Survey“ veröffentlicht. Kernbotschaft ist, dass die bisherige europäische Wirtschaftspolitik unzureichend bis kontraproduktiv ist und daher eine Stärkung der Nachfrage – insb durch öffentliche Investitionen – notwendig ist um für Beschäftigung und Abbau der sozialen Probleme zu sorgen.